

# Interview mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann



## Demokratie lebt von Einmischung.

**Herr Ministerpräsident, wie haben Sie die Zeit der Auseinandersetzungen um die Atomkraft und insbesondere um Wyhl erlebt? Waren Sie selbst involviert?**

Ich war damals selbst vor Ort bei den Protesten in Wyhl, schließlich ging es um eine Jahrtausendfrage. Wir alle hatten dort schnell gespürt: Hier entsteht etwas wirklich Neues! Tatsächlich wurde in Wyhl die Anti-Atombewegung geboren. Und aus diesem Protest heraus entstand auch die Idee, eine alternative Partei zu gründen – Die Grünen. So wollten wir die neuen Themen – wie die Ökologie-, die Friedens- oder die Frauenbewegung – in die Parlamente eintragen. Die Proteste in Wyhl waren also der Beginn gleich mehrerer Erfolgsgeschichten: 36 Jahre danach wurde ich zum ersten Grünen Ministerpräsidenten der Bundesrepublik gewählt. Und wo damals dieses Atomkraftwerk entstehen sollte, blühen heute die Rheinauen in einem Naturschutzgebiet.

**War der Protest eher ein linkes oder ein konservatives Anliegen?**

Gegen die Atomkraftpläne in Wyhl hatten nicht nur linke Studenten aus Freiburg demonstriert. Da waren auch konservative Winzer vom Kaiserstuhl vor Ort, Bauern oder Handwerker. Auch deswegen waren die Proteste ja von so großer Bedeutung! Der gemeinsame Protest prägte eine ganze Generation. Über soziale Milieus hinaus fragten sich die Menschen: Wie können wir unseren Planeten für unsere Kinder bewahren? Darum haben wir Grünen ja auch nie mit unserer eigenen, an sich konservativen Region gehadert.

**Wie blicken Sie als Ministerpräsident auf die Bauplatzbesetzung in Wyhl, die gegen geltendes Recht verstieß? War das eine legitime Form der Bevölkerung, sich zu wehren?**

Die Proteste in Wyhl waren ziviler Ungehorsam. Und ziviler Ungehorsam bedeutet ja, dass man auch die Regeln übertritt, ohne jedoch die Rechtsordnung als Ganzes in Frage zu stellen. Das war damals legitim, denn es stand ein großer Teil der Bevölkerung hinter den Protesten. Unser Aufstand war der eindringliche Appell, die staatlichen Institutionen zu einer Änderung zu bringen. Die Menschen in Wyhl lenkten die Aufmerksamkeit ganz Deutschlands auf dieses wichtige Thema Atomkraft – und sie erfuhren viel Zuspruch und Zustimmung. Das ist das Entscheidende! Wir Demonstranten hatten öffentlich um den besten Weg gerungen. Helmut Schmidt hat es mal so formuliert: „Eine Demokratie, in der nicht gestritten wird, ist keine.“ Die Konflikte in einer Demokratie müssen auch mal hart in der Sache ausgetragen werden – aber faktenbasiert, respektvoll und fair. Zivilisierter Streit, wie damals in Wyhl, hält unsere Gesellschaft erst zusammen.

**Welche Rolle spielten die Bürgerinitiativen für die Entstehung der Grünen? Was bedeutet es, dass es heute weniger Initiativen gibt?**

Bürgerinitiativen prägen nicht erst seit Wyhl die politische Kultur unseres Landes. Solche Initiativen sorgen ja dafür, dass es in unserer Gesellschaft nicht nur ein Nebeneinander, sondern ein wirkliches Miteinander gibt. In einer freien Gesellschaft steht es uns frei, uns einzubringen



Kernkraftgegner bedrängen Ministerpräsident Filbinger in Kiechlinsbergen, 8.10.1976. Foto: dpa/picture alliance, Dick.

und zu engagieren, es ist ja auch nicht für jeden selbstverständlich. Aber unsere Demokratie lebt förmlich davon, dass sich Bürgerinnen und Bürger einmischen. Natürlich spielten solche Initiativen auch eine wichtige Rolle bei der Gründung der Grünen, meine Partei war am Anfang eine echte Graswurzelbewegung. Und ich bin glücklich, dass wir in Baden-Württemberg auch heute noch eine starke und vielfältige Bürgergesellschaft haben. In keinem anderen Bundesland ist der Anteil der Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, so hoch wie bei uns.

**Die aktuellen Proteste gegen den Klimawandel erinnern in vielem an die damaligen Proteste. Wo sehen Sie die Unterschiede?**

Wenn man in den zivilen Ungehorsam geht, dann muss man überprüfen: Gewinne ich dadurch die Bevölkerung für mein Anliegen – oder verliere ich sie? Ich finde zum Beispiel Proteste wie die der Klimakleber sinnlos. Aktionen zu machen, die das Verständnis der Bevölkerung für mein Anliegen verringern, gehen schließlich nach hinten los. Ich teile das Ziel von Klimaaktivisten: Wir müssen den Kampf gegen den Klimawandel beschleunigen. Aber der Zweck von Protesten heiligt nicht jedes Mittel.

**Welche Maßnahmen unternimmt die Landesregierung heute, um die Bevölkerung bei Infrastrukturmaßnahmen einzubinden?**

Meine Landesregierung legt schon seit 2011 großen Wert auf Bürgerbeteiligung – und zwar so früh wie möglich. Das ist auch eine Lehre

aus Stuttgart 21. Mit unserem Planungsleitfaden setzten wir 2014 bundesweit die höchsten Standards bei der Bürgerbeteiligung bei großen Infrastrukturprojekten. In unseren Bürgerforen arbeiten wir heute mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern. Es kommen also nicht nur die Lauten oder schon Organisierten zu Wort, sondern auch die Menschen, die sonst eher nicht zu hören sind. Das sind dann Bürgerinnen und Bürger aus ganz unterschiedlichen Milieus, die sachorientiert und abwägend diskutieren. Schon Perikles hat vor rund 2.500 Jahren gesagt: „Ein stiller Bürger ist kein guter Bürger.“

Diese Politik des Gehörtwerdens ist inzwischen ein echtes Markenzeichen unseres Landes geworden, es gehört zu Baden-Württemberg wie der Daimler oder der Schwarzwald. Unsere Demokratie ist schließlich nicht dort in Gefahr, wo sich Menschen einmischen, wie damals in Wyhl. Sondern dort, wo sie sich abwenden von öffentlichen Angelegenheiten.

*Die Fragen stellten Rupert Schaab und Christian Westerhoff.*